

FAMILIENPOLITISCHER IMPULS 2017 –

DEMOGRAPHIE, WIRTSCHAFT UND FAMILIE



AGF

Arbeitsgemeinschaft
der Familienorganisationen
in Rheinland-Pfalz



VORWORT

Die Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände hat es sich zum Ziel gemacht, gute Lebensbedingungen für alle Familien auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen zu fördern und zu fordern, Wertschätzung und Akzeptanz gegenüber unterschiedlichen Familienrealitäten voran zu bringen und aktiv einzutreten für die Rechte von Kindern und ihren Eltern.

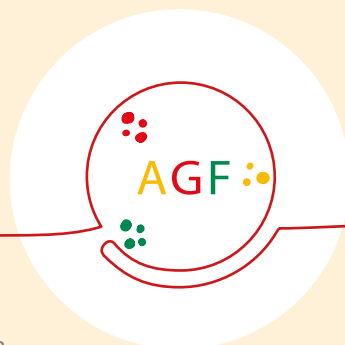
Hierzu veranstaltet sie regelmäßige Fachveranstaltungen und lädt zu Diskussion und Austausch unter Fachleuten und Interessierten. Im Rahmen der Demographiewoche des Landes Rheinland-Pfalz haben wir uns das Thema „Familie, Wirtschaft und Demographie“ vorgenommen. Daher fand am 9. November 2017 ein Gespräch mit PD Dr. Frank Jöst, Universität Heidelberg, zu eben diesem Thema in Mainz statt.

Wir möchten dieses Gespräch als „Familienpolitischen Impuls 2017“ publizieren und die Diskussion weiterführen. Wie weit sind langfristige – d.h. sich über Jahrzehnte abzeichnende – Entwicklungen politisch und gesellschaftlich wahrzunehmen, aufzunehmen und zu steuern? Wie sehr sind Demographie und Familie thematisch verbunden und was heißt das für unsere Ziele als AGF? Als Arbeitsgemeinschaft, die sich dem Ziel der „Familiengerechtigkeit“ widmet, schauen wir auf Entwicklungen zurück und bedenken Prognosen, die weit über politische Zyklen hinausgehen. Darüber möchten wir ins Gespräch kommen und im Gespräch bleiben.

Danken möchten wir dem Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz und dem Büro der Evangelischen Beauftragten für Kirche und Diakonie in Mainz.

Für die Federführung 2017/18

Belinda Spitz-Jöst
1. Vorsitzende der eaf-Pfalz



DEMOGRAPHISCHER WANDEL, WIRTSCHAFT UND FAMILIE

Einleitung

Zwar ist die Geburtenrate in den letzten Jahren wieder angestiegen, dennoch sind wir noch weit von einer Entwicklung entfernt, die das Altern der Gesellschaft stoppt oder gar umkehrt. Immer noch ist die Bereitschaft vieler junger Erwachsener gering, sich für Kinder, vor allem Mehrkinder-Familien zu entscheiden.

Dies stellt Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen: Der Wirtschaft fehlen gut ausgebildete Arbeitskräfte und Nachfrager für ihre Güter und Dienstleistungen. Gleichzeitig gerät die Finanzierung derjenigen sozialen Sicherungssysteme in Schieflage, die wie die Rentenversicherung und die Kranken- und Pflegeversicherung auf ein ausgewogenes Verhältnis junger Beitragszahler und überwiegend alter Leistungsempfänger angewiesen sind.

Wenn die Alterung der Gesellschaft und die veränderten Familienstrukturen den Bedarf an Betreuungs- und Erziehungsleistungen erhöht, die Mobilitätsanforderungen der modernen globalisierten Arbeitswelt und die Veränderungen in den Familienstrukturen aber die Möglichkeiten reduziert, diese Betreuungen unentgeltlich in familiären Netzwerken zu erbringen, ergeben sich vielfältige Herausforderungen für die Gesellschaft. Diese werden gegenwärtig nur unzureichend wahrgenommen.

Dazu trägt sicherlich bei, dass das Verstehen demographischer Prozesse und ihre mögliche Gestaltung – vergleichbar dem Verständnis der Folgen menschlicher Eingriffe in die Natur – die Betrachtung eines langen Zeithorizonts voraussetzt. Die kurzen Zeithorizonte, die Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik prägen, tragen nicht unbedingt dazu bei, die langfristigen Folgen gesellschaftlicher Veränderungen rechtzeitig in den Blick zu nehmen und zu gestalten. Politik gleicht hier dem Steuern eines großen Tankers, der erst über lange Distanzen seine Fahrtrichtung ändern kann.

Dynamik demographischer Prozesse

Geburten, Sterbefälle und die Wanderungsbewegungen bestimmen die Bevölkerungsgröße und den Altersaufbau von Gesellschaften. Dabei manifestieren sich ins-

besondere in der Altersstruktur einer Population Entwicklungen, die viele Jahre, gar Jahrzehnte zurückliegen. Gleichzeitig wird dadurch der Korridor für künftige Entwicklung der Bevölkerungsgröße weitgehend festgelegt. Um die Dynamik demographischer Prozesse zu verstehen, muss man einen langen Zeithorizont betrachten. Auf den ersten Blick wächst die Bevölkerung dann, wenn mehr Kinder geboren werden als Menschen sterben und wenn mehr zuwandern als auswandern. Dies zeigt sich in positiven Bevölkerungswachstumsraten in den Statistiken.

So ist die Bevölkerung in Deutschland in den gegenwärtigen Grenzen von 1950 bis Anfang der 2000er Jahre stetig gewachsen. Nach einem Rückgang bis etwa 2013 wächst die Bevölkerung wieder leicht (Destatis 2015:3). Auch wenn dabei Geburtendefizite durch Wanderungsbewegungen häufig ausgeglichen werden, scheint die Entwicklung nicht so gravierend zu sein, wie manche öffentlichen Debatten nahelegen.

Ganz so einfach liegen die Dinge allerdings nicht.

Betrachtet man die Bevölkerungsdynamik aus einer biologischen Perspektive, wird deutlich, dass auch wachsende Bevölkerungen den Keim ihres Schrumpfens längst in sich tragen können. Lässt man zunächst Wanderungsbewegungen außen vor, bleibt die Bevölkerungsgröße konstant, wenn eine Müttergeneration immer durch eine Tochtergeneration ersetzt wird. Die Zahl der Töchter bei der Geburt wird in der Demographie als Nettoerproduktionsrate bezeichnet. Für biologisch stationäre Bevölkerungen ist diese gleich eins. Liegt diese unterhalb von eins, schrumpft die Bevölkerung, liegt sie darüber, wächst die Bevölkerung. Berücksichtigt man weiterhin, dass aus biologischer Perspektive etwas mehr Jungen als Mädchen geboren werden – auf 100 Mädchen kommen ca. 105 Jungen –, dann muss bei den gegenwärtigen Sterbeverhältnissen in Deutschland eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich etwa 2,1 Kinder zur Welt bringen, damit die Bevölkerung nicht schrumpft. Diese Zahl wird in der Demographie als zusammengefasste Geburtenziffer oder in der englischen Terminologie als Total Fertility Rate (TFR) bezeichnet. An dieser Zahl orientieren sich viele bevölkerungspolitische Debatten. 2015 lag die zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland bei 1,5 Kindern pro Frau (Bundesinstitut für Bevölkerung, 11.02. 2018).

Betrachtet man die Entwicklung der Geburtenziffern in Deutschland über einen langen Zeitraum, bekommt man einen guten Eindruck von den langen Zeitskalen, auf

denen demographische Veränderungen ablaufen. In der nachfolgenden Graphik ist die sogenannte Kohortenfertilität über einen Zeitraum von 1871 bis 2000 dargestellt (durchgezogene Linie).

Die Kohortenfertilität misst die Zahl der Kinder pro Frau, die ein bestimmter Geburtsjahrgang der Mütter im Laufe ihres Lebens bekommen haben. Die lange Zeitreihe zeigt, dass bereits für die 1880 geborenen Frauen, das Bestanderhaltungsniveau (gepunktete Linie) unterschritten war.¹ Das Bestanderhaltungsniveau wurde nur Mitte der 30 Jahre des 20. Jahrhunderts noch einmal annähernd erreicht und sinkt seit dieser Zeit kontinuierlich. Die letzten Daten zur endgültigen Kinderzahl pro Frau liegen für den Geburtsjahrgang 1961 vor. Sie betrug 1,6. Neuere Schätzungen für jüngere Kohorten gehen von 1,4 bis 1,5 Kinder pro Frau aus.

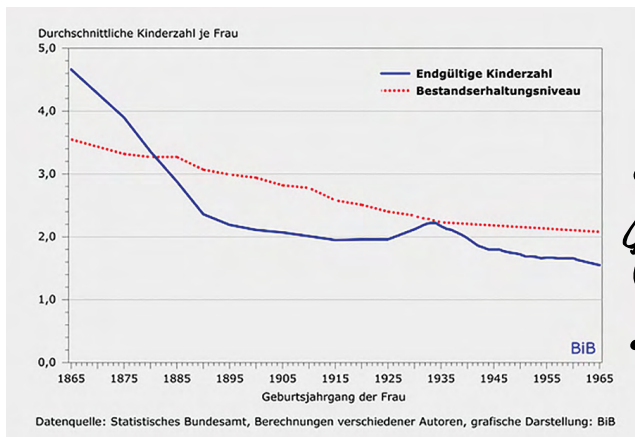


Abbildung 1: Zusammengefasste Geburtenziffer. Aus: ZEW (2013:16)

Der deutliche Rückgang in den Geburtenraten über einen längeren Zeitraum hinweg trägt zum Schrumpfen der Bevölkerung bei. Damit verbunden ist dann auch ein Altern der Bevölkerung. Der in der Geburtenentwicklung angelegte Bevölkerungsrückgang wird über lange Zeiträume verdeckt, da die Sterblichkeit insbesondere im höheren und hohen Alter zurückgeht. Dieser Rückgang der Sterblichkeit verstärkt allerdings den Alterungsprozess der Gesellschaft. Demographen sprechen in diesem Zusammenhang von einem doppelten Altern.

¹ Das Bestanderhaltungsniveau ist in diesem Zeitraum gesunken, weil in dieser Zeit insbesondere die Sterblichkeit junger Menschen zurückgegangen ist.

Dieser Alterungsprozess wird sichtbar, wenn man sich die Entwicklung des Alterslastkoeffizienten anschaut. Dieser beschreibt das Verhältnis der über Sechzigjährigen zu den 20 bis 60-jährigen. Bleibt es dauerhaft bei 1,4 Kindern pro Frau, dann wird erwartet, dass sich die Alterslast bis 2040 verdoppelt. Während 2010 hundert 20-60-jährigen rund dreiundvierzig über 60-jährigen gegenüberstanden, gehen Projektionen davon aus, dass 2040 hundert 20-60-jährigen rund 88 über sechzigjährige gegenüber stehen. Diese Projektionen zeigen auch, dass sich an der Verschiebung des Alterslastkoeffizienten nichts ändert, wenn die Generation der Baby-Boomer gestorben ist. Diese dauerhafte Alterung der Gesellschaft ist im Wesentlichen das Resultat einer über mehr als hundert Jahre unter dem Bestanderhaltungsniveau liegenden Geburtenrate (Kaufmann:2008:348ff).

Dieser säkulare Alterungsprozess der Gesellschaft lässt sich – wie folgendes Zahlenbeispiel illustriert – kaum umkehren: Seit gut 30 Jahren werden pro Frau ca. 1,4 Kinder geboren. Wenn man der Einfachheit halber davon absieht, dass etwas mehr Jungen als Mädchen geboren werden, dann bringt jede Mutter 0,7 Mädchen zur Welt. Damit haben 1000 Mütter um 1980 rund 700 Töchter geboren. Bleibt es bei den 1,4 Kindern (0,7 Mädchen) pro Frau, dann bringt die Tochtergeneration bei einem Generationenabstand von 30 Jahren 2010 wiederum 490 Mädchen zur Welt. Anhand dieses Zahlenexperiments kann man gut illustrieren, was Bevölkerungspolitik (ohne die Berücksichtigung von Wanderungsbewegungen) wenigstens erreichen müsste, um die Bevölkerung und deren Altersaufbau stabil zu halten. Da in der Tochtergeneration bereits 300 Mütter fehlen, müsste diese 1,4 Töchter also rund 2,8 Kinder pro Frau zur Welt bringen, um das Geburtendefizit zu kompensieren. Bei der Generation der Enkelinnen liegt das Geburtendefizit im Vergleich zur Großmuttergeneration bereits bei 510 Töchtern, es bräuchte dann rund 2 Mädchen pro Frau, bzw. rund 4 Kinder, um das Geburtendefizit auszugleichen. Damit wären Geburtenraten erforderlich, die deutlich über denen liegen, die in den letzten 100 Jahren in Deutschland zu beobachten waren.

Auch die oft diskutierte Zuwanderung kann den Geburtenrückgang nicht kompensieren. Empirische Studien zeigen zwar, dass die bisherige Zuwanderung den Bevölkerungsrückgang bremst. Wenn Zuwanderung allerdings den Bevölkerungsstand und den Altersaufbau stabilisieren sollte, dann müssten gegenwärtig netto ca. 400- 500.000 Personen jährlich zuwandern. Da nach bisherigen Erfahrungen nur etwa ein Drittel der Zugewanderten dauerhaft in Deutschland bleibt, bräuchte es eine jährliche Brutto-Zuwanderung von 1,2 bis 1,5 Millionen Personen.

DEMOGRAPHISCHER WANDEL UND DIE FOLGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Der oben skizzierte demographische Wandel betrifft Wirtschaft und Gesellschaft in vielfältiger Weise. Wenn die Bevölkerung schrumpft und altert, tangiert dies das Humanvermögen einer Gesellschaft. Humanvermögen beschreibt dabei die personenbezogene Fähigkeit am Markt teilzunehmen, aber auch die Potentiale für die Tätigkeiten in Familien- und Verwandtschaftsnetzwerken, in sozialen Vereinigungen und Parteien mitzuwirken. Geschaffen wird das Humanvermögen im Wesentlichen in der Familie und im Bildungssystem. Der lang anhaltende Geburtenrückgang schmälert das Humanvermögen von Gesellschaften (Kaufmann 2008: 353ff).

Die deutsche Wirtschaft ist in einer globalisierten Ökonomie auf gut ausgebildete, kreative und innovative Fachkräfte angewiesen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Ein Rückgang des Humankapitals hat dauerhaft Folgen für die Entwicklung der Wirtschaft. So schätzt beispielsweise Börsch-Supan (2004) ein um 0,45-0,6 Prozentpunkte niedrigeres Wachstum der Arbeitsproduktivität, deren Steigerung eine wesentliche Voraussetzung für das Lohnwachstum darstellt. Möglicherweise ist diese Schätzung aber auch noch zu optimistisch.

Kaufmann verweist in diesem Zusammenhang auf den deutlichen Rückgang bei den Berufseinsteigern, die wesentliche Träger technischer und sozialer Innovationen sind (Kaufmann 2008:355). Begegnen kann man dem demographisch bedingten Rückgang von Produktivitätsfortschritten und Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft nur durch eine deutlich bessere Qualifikation der Berufseinsteiger und der Erwerbstätigen. Dies erfordert zusätzliche Anstrengungen im Bildungssystem, um vor allem bildungsferne Schichten besser als bisher zu erreichen.

Die negativen Folgen des demographischen Wandels für die wirtschaftliche Entwicklung wirken sich ebenfalls auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme aus. Der deutsche Sozialstaat finanziert sich zu großen Teilen aus Beiträgen der gesetzlich Versicherten und der Arbeitgeber, die proportional zu den Lohneinkünften der Arbeitnehmer erhoben werden. Hinzu kommt, dass auch die Steuereinnahmen des Staates – und damit auch die Steuerzuschüsse zu den Sozialversicherungen – nicht unerheblich von der Lohnsumme abhängen. So stammten in den Jahren 2014 bis 2016 durchschnittlich 26% aller Steuereinnahmen aus der Lohnsteuer der abhängig Beschäftigten.²

² Berechnungen nach Bundesfinanzministerium (2017).

Damit hängt die Finanzierung des Sozialstaates und der öffentlichen Haushalte wesentlich von der Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitseinkommen ab. Nehmen demographisch bedingt auch noch die Ausgaben im Sozialsystem zu, gerät der Wohlfahrtsstaat in Schieflage. So stellt der demographische Wandel den Generationenvertrag in der Rentenversicherung in Frage. Die Finanzierung der Gesundheitsversorgung und der Pflege gerät unter Druck, wenn alterungsbedingt die Ausgaben steigen sollten.

Vom demographischen Wandel ist nicht nur die Wirtschaft betroffen, er wirkt auch in andere gesellschaftliche Teilsysteme hinein. Auch wenn es seitens der Sozialwissenschaften wenig gesicherte Erkenntnisse zu den politischen und sozialen Folgen des Bevölkerungsrückganges gibt, lassen sich aus den öffentlichen Debatten doch zumindest mögliche Problemfelder rekonstruieren.

Biedenkopf (2006:44) betont, dass mit dem Näherrücken des Rentenalters der geburtenstarken Jahrgänge sich deren Zeithorizont verkürzt und damit die Bereitschaft sinkt, in der Gegenwart Einschränkungen zu Gunsten zukunftsichernder Maßnahmen hinzunehmen.

Sinn, Übelmesser (2000:20) sehen für Deutschland gar die Gefahr eines Systems der Gerontokratie mit fatalen Folgen für die Reformfähigkeit des Landes. Diese Einschätzung beruht auf dem Anstieg des mittleren Alters der Wahlbevölkerung, so dass es ihrer Auffassung um 2023 keine Mehrheiten mehr für eine Reform der Alterssicherung zugunsten der jüngeren Beitragszahler geben wird. Diese Schlussfolgerung basiert auf den üblichen Eigennutzannahmen in den Modellen der politischen Ökonomik, die im Hinblick auf die politische und soziale Wandlungsfähigkeit alternder Gesellschaften deutlich pessimistisch sind.

Auch wenn soziologische Studien diesen Pessimismus der Ökonomen nicht stützen, sehen Gesellschaftsforscher wie Kaufmann die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Gesellschaft trotzdem als problemverzeugend an. Sofern man diese isoliert in ihrer Wirkung auf gesellschaftliche Teilsysteme wie Wirtschaft, Politik oder auch Familie betrachtet, erscheinen sie eher weniger bedeutend, sind sie häufig überlagert von anderen Faktoren, sie verstärken sich allerdings wechselseitig und können dazu führen, dass Anpassungszwänge aufgrund schrumpfender und alternder Gesellschaften auf eine sinkende Anpassungsfähigkeit treffen (Kaufmann 2008:361).

Dies lässt sich gut an den Herausforderungen illustrieren, denen sich Familien im demographischen Wandel gegenüber sehen: So ist es wünschenswert, wenn durch den demographisch bedingten Rückgang der Erwerbspersonen, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zunimmt, um so die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer schrumpfenden Bevölkerung aufrechtzuerhalten und zur Zukunftssicherung des Sozialversicherungssystems beizutragen. Dabei wäre nicht nur eine höhere Erwerbsbeteiligung als solche wünschenswert, sondern dann auch eine deutlich längere durchschnittliche Arbeitszeit von Frauen im Berufsleben.³ Allerdings fallen mit einer höheren Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit von Frauen, diese in dem Teilsystem Familie als Personen aus, die unentgeltlich Betreuungs- und Erziehungsleistungen für ihre Kinder und Pflegeleistungen für ihre Eltern erbringen. Ohne geeignete alternative Strukturen, die diese Leistungen auffangen, wird man kaum mit einer höheren Geburtenrate rechnen können. Die zum Auffangen des demographischen Wandels notwendige Zunahme der Erwerbsarbeit von Frauen verstärkt so unter Umständen den demographischen Wandel.

Den Herausforderungen des demographischen Wandels begegnen

Die Folgen des demographischen Wandels sind vielfältig und komplex. Da sich der demographische Wandel auch noch auf langen Zeitskalen vollzieht, liegt er nahezu unterhalb der Wahrnehmungsschwellen von Wirtschaft und Politik, die auf erheblich kürzeren Zeitskalen operieren. Welche Möglichkeiten bestehen dann überhaupt, dem demographischen Wandel zu begegnen?

Die oben ausführlich dargestellte Dynamik demographischer Prozesse hat deutlich gemacht, dass eine Umkehr des Schrumpfens der Bevölkerung in Deutschland kaum möglich ist. Bevölkerungspolitische Maßnahmen, wenn sie denn überhaupt wirken, müssten zu Geburtenraten führen, die wir in den letzten hundert Jahren nicht mehr hatten. Insofern kann ein realistischer Anstieg der Geburtenraten den Prozess des Schrumpfens und des Alterns allenfalls verlangsamen und keinesfalls umkehren. Den Rückgang der Bevölkerung vollständig über die Zuwanderung auszugleichen, ist angesichts der dafür benötigten Zuwanderungszahlen politisch und gesellschaftlich kaum durchsetzbar.

³ Zur Erwerbsbeteiligung von Frauen und den jeweiligen Anreizstrukturen vergleiche das Interview mit Fuchs-Schündlen (2017).

Was bleiben dann für Stellschrauben politischen Handelns? Im Hinblick auf die durch den demographischen Wandel ausgelösten Folgen für die Wirtschaft liegen die Ansatzpunkte im Bildungssystem, in der Substitution von Humankapital durch Sachkapital und in deutlich besseren Voraussetzungen für eine zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen. Dabei muss sichergestellt werden, dass eine weitere Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht zu einem weiteren Rückgang der Geburten führt. Wirtschaft und Gesellschaft müssen dann beispielsweise über den Ausbau von Betreuungsangeboten, dem Ausbau von Ganztageschulen sowie der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Karrierewegen Möglichkeiten für Paare generieren, so dass vorhandene Kinderwünsche auch realisiert werden können.

Eine wesentliche Zukunftsaufgabe für unsere Gesellschaft liegt in der Entwicklung alternativer Finanzierungsmodelle für das Sozialversicherungssystem. Die überwiegende Finanzierung des Wohlfahrtsstaates über einkommensabhängige Beiträge und der relativ hohe Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist nicht nur angesichts des demographischen Wandels wenig zukunftsfähig. Auch der technologische Wandel stellt das gegenwärtige Finanzierungsmodell des Sozialstaates in Frage.

Schließlich erfordert die Demographie und gesellschaftlich bedingte Veränderung von Familienstrukturen, die Entwicklung alternativer zivilgesellschaftlicher Netzwerke, die wegfallende weitgehend unentgeltlich Leistungen des Familiensystems bei der Betreuung von Kindern und hilfebedürftigen Eltern auffangen.

All das setzt Kreativität und die Bereitschaft voraus, jenseits der bewährten Institutionen nach Lösungen zu suchen. Man kann dann nur hoffen, dass trotz der Skepsis der Sozialwissenschaften die Innovationskraft und Veränderungsbereitschaft auch in einer alternden Gesellschaft nicht abnimmt.



Literatur

Biedenkopf, K. (2006): Die Ausbeutung der Enkel, Berlin.

Börsch-Supan, A. (2004): „Aus der Not eine Tugend. Zukunftsperspektiven einer alternden Gesellschaft“, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.) Gesellschaft ohne Zukunft? Bevölkerungsrückgang und Überalterung als politische Herausforderung, Bad Homburg v-d-Höhe, S. 81-91.

Bundesfinanzministerium (2017): Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten in den Kalenderjahren 2010 – 2016, http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2017-05-05-steuereinnahmen-nach-steuerarten-2010-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=5, abgerufen am 26.02.2018.

Fuchs-Schündeln, N. (2017): „Ein Gespräch mit Nicola Fuchs-Schündeln über die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, das Ehegattensplitting, die doppelte Armut in Entwicklungsländern, Präferenzen für Umverteilung und Demokratie sowie die Bedeutung von Grenzen.“, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2017; 18(2), S. 132–144.

Kaufmann, F.-X. (2008): „Demografischer Wandel und gesellschaftliche Dynamik“, in: Rehberg, Karl-Siegbert (Ed.) Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (Ed.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilband 1 u. 2. Frankfurt am Main, S. 343-364.

Sinn, H.-W., S. Übelmesser (2000): „Wann kippt Deutschland um?“, ifo Schnelldienst 28-29/2000 – 53. Jahrgang, S. 20-25.

ZEW (2013): Geburten und Kinderwünsche in Deutschland: Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen, Gutachten für die Prognos AG, <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/TeilstudieFertilitaet2013.pdf>, abgerufen am 26.02.2018.

Der Autor

PD Dr. Frank Jöst, akademischer Oberrat am Internationalen Studienzentrum der Universität Heidelberg, Studium der Volkswirtschaftslehre, Promotion und Habilitation zu Fragen von wirtschaftlichen Folgen von Klimaänderungen und zum Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und Umweltproblemen (Universität Heidelberg), Gastprofessur an der Central European University, Budapest, Lehrtätigkeit am Alfred-Weber-Institut und dem Centrum für Soziale Investitionen der Universität Heidelberg, seit 10 Jahren Lehr- und Forschungstätigkeit im Bereich der Steuerung von Nonprofit-Organisationen im Sozialmarkt, Beratungstätigkeit zur Strategieentwicklung für Nonprofit-Organisationen im Gesundheitssektor.



Die Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Rheinland-Pfalz (AGF)

Die AGF ist ein selbstorganisierter, freiwilliger Zusammenschluss von Familienverbänden, die in Rheinland-Pfalz aktiv sind. Sie arbeitet nach demokratischen Prinzipien an verschiedenen Themen und ist parteipolitisch unabhängiger Gesprächspartner für Politik und Verwaltung.

Derzeit sind die Mitglieder der AGF:

- die Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf),
- der Familienbund der Katholiken(FDK) und
- der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV).



Kontakt und Informationen: www.agf-rlp.de

AGF FESTSTELLUNGEN UND THESEN ZUR DISKUSSION

Feststellungen

1.

Der Argumentationsstrang „Die Gesellschaft muss mehr Kinder bekommen“ hat sich als nicht hilfreich erwiesen.

2.

Die zentrale Frage hinter allem lautet: Wie wollen wir zukünftig als Gesellschaft leben?

3.

Die große Bedeutung des Humanvermögens für unsere Gesellschaft muss hervorgehoben werden.

Impressum:

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen in Rheinland-Pfalz (AGF)
www.agf-rlp.de

Federführend 2017/2018:

eaf – Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie – Landesarbeitskreis Pfalz e.V.

Geschäftsstelle: Unionstraße 1, 67657 Kaiserslautern, Tel.: 0631-3642 235,

Fax: 0631-3642 153, Email: eaf@evkirchepfalz.de

V.i.S.d.H.: Belinda Spitz-Jöst, Vorsitzende der eaf-Pfalz

Erscheinungsdatum: März 2018

Daraus ergeben sich folgende Thesen zur Diskussion

1.

Braucht es ein neues Wohlfahrtsstaatsmodell, das nicht mehr abhängig ist vom Faktor Arbeit und den Erwerbsbiografien der Vergangenheit?

2.

Es müssen neue zivilgesellschaftliche Strukturen entstehen: Leistungen, die traditionell in den Familien unentgeltlich erbracht werden, müssen durch neue zivilgesellschaftliche Netzwerke ersetzt werden. Wie kann das gestaltet werden?

3.

Unterstützungssysteme für Familien und Investitionen in Bildung müssen ausgebaut werden, so dass die Frauenerwerbstätigkeit zunimmt und zugleich Familien mehr Kinder bekommen können (das betrifft sowohl die materielle Seite als auch die Betreuung). Wie ist das umzusetzen und zu finanzieren?

Design & Illustration: DieFarbeBlau.de

Druck: Druckerei des Landeskirchenrates – Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche), Domplatz 5, 67346 Speyer, gedruckt auf Umweltpapier nach Maßgabe „Blauer Engel“

AGF

Arbeitsgemeinschaft
der Familienorganisationen
in Rheinland-Pfalz



Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen
in Rheinland-Pfalz (AGF)
c/o evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf)
Unionstraße 1, 67657 Kaiserslautern

Gefördert durch das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration
und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz



RheinlandPfalz

MINISTERIUM FÜR FAMILIE,
FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION
UND VERBRAUCHERSCHUTZ